

p.B.82.18.1. - HN/mü

3003 Bern, den 14. September 1972

Herrn W. Ammann-Labhart
Dufourstrasse 1019000 S t. G a l l e n

Sehr geehrter Herr Ammann,

Wir bestätigen den Empfang Ihres an den Departementsvorsteher gerichteten Schreibens vom 6. September und möchten dazu wie folgt Stellung nehmen.

Wir haben volles Verständnis für die Erregung der Gemüter, die das Attentat von München in unserem Lande zur Folge hatte. Ihr Vorschlag indessen, wonach fast alle Araber aus der Schweiz ausgewiesen werden müssten, brächte u.E. nicht die Lösung der Probleme, mit welchen wir heute konfrontiert sind. Dies ganz abgesehen davon, dass unser Departement für eine solche Massnahme gar nicht zuständig wäre, da es sich um eine fremdenpolizeiliche Massnahme handeln würde.

Das will nicht heissen, dass wir die Hände in den Schoss legen. Die Terrorbekämpfung ist eine Aufgabe, welcher die zuständigen Behörden hiezulande heute auf Bundesebene und in den Kantonen die vollste Aufmerksamkeit widmen.

Auch die Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit werden diesbezüglich geprüft und wahrgenommen. Dies geschieht indessen in völlig sachlich-objektiver Weise. Rassistische Massnahmen, wie Sie sie vorschlagen, würden unserem Lande schlecht anstehen. Wir hoffen, dass Sie für diesen Standpunkt Verständnis aufbringen können.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Ammann, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Abteilung
für Politische Angelegenheiten
i.A.

(Hohl)

